

Viel Sympathie für Mieter der Tuchmacher 8

Demo am Samstag gegen Verkauf zu Höchstgebot

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Wohnung klaut“ – das war einer der Rufe bei der Demo am Samstag, zu der die Bewohner der Tuchmacherstraße 8 aufgerufen hatten. Etwa 200 Teilnehmer hatten sich gegen 14 Uhr im Lustgarten versammelt und gemeinsam zog man durch die Friedrich-Ebert-Straße in Richtung Rathaus. Und es kamen immer neue Sympathisanten hinzu, denen die Wohnungspolitik in Potsdam ebenfalls Bauchschmerzen bereitet. Dass die Bewohner der Tuchmacherstraße Angst davor haben, dass die Pro Potsdam ihr Haus an den Meistbietenden verkaufen will (PNN berichteten), konnten viele nachvollziehen. Die Stadt halte sich nicht an ihr eigenes wohnungspolitisches Konzept, sich für bezahlbaren Wohnraum einzusetzen, sagte ein Rentner, selbst Pro-Potsdam-Mieter. Seinen Namen wollte er nicht nennen. Er habe es geschafft, dass um ihn herum saniert wurde und er keine Modernisierungskosten zahlen müsse. „Man muss die Gesetze genau kennen und sich immer wieder schriftlich wehren“, gab er als guten Rat weiter.

„Den Verkauf des Hauses können wir wahrscheinlich nicht verhindern“, sagte Anja Henke aus der Tuchmacherstraße 8. Aber das dürfe nicht an den Meistbietenden geschehen, im Vordergrund müssten soziale Gesichtspunkte stehen. Wieso sei es bei der Heidesiedlung nach Protesten möglich gewesen, dass die Pro Potsdam selbst saniert, fragt sie. Sie findet die Vorgehensweise jetzt total ungerecht. „Eigentlich ist es absurd, dass wir als Bewohner jetzt das Haus selbst erwerben wollen“, findet sie. Aber man sehe keine andere Möglichkeit, einer Luxussanierung vorzubeugen. Zur Unterstützung habe man sich an das Mietshäuser-Syndikat gewandt, das in solchen Fällen beratend zur Seite steht. Mit der Geschäftsführung der Pro Potsdam sei es bisher zu keiner Aussprache gekommen, so Henke. Terminvorschläge wurden nicht angenommen. Leider sei aber nun der letzte Termin für Gebote am 31. Oktober verstrichen.

Guido Oldenburg hatte sich der Demonstration angeschlossen, um zu erreichen, dass sich die Stadt nicht nur ihres wohnungspolitischen Konzepts rühmt, sondern es auch umsetzt. „Es gibt keinen sozialen Wohnungsbau in der Innenstadt“, betont er. Der sei aber dringend nötig. Außerdem dürfe sich die kommunale Wohnungsgesellschaft nicht von alten Häusern mit bezahlbarer Miete trennen. Die Angst vor Mietsteigerungen und dass Mieten nicht mehr bezahlbar sind, sitzt inzwischen tief. Deshalb verstärkte auch die Sprecherin der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“, Frauke Röth, noch einmal die Forderung, kommunales Eigentum nicht weiter zu verkaufen. Die